



Seite 2/3 | Klassenkonferenzen

Vom Klassenrat zum Bundesrat?

Im Klassenrat sowie im klassenübergreifenden Schulparlament dürfen die Schülerinnen und Schüler mitreden und die Schule aktiv mitgestalten.

Seite 4/5 | Polit-Talkrunde

Elefantenrunde der Parteiführenden

Alle Rischer Parteivorstehenden diskutierten über Politik in der Schule: Was soll den Kindern und Jugendlichen vermittelt werden?

Seite 10/11 | Politischer Nachwuchs

Jung und politisch aktiv!

Es gibt sie: Junge, die sich politisch engagieren! Sechs Frauen und Männer, die alle in Rotkreuz zur Schule gingen, erzählen von ihrem politischen Weg.

Politik und Bildung

Michael Fuchs, Rektor;
Nikolaus Jud, Prorektor

In den Fachbereichen Natur-Mensch-Gesellschaft (Kindergarten/Primarschule) und Räume-Zeiten-Gesellschaften (Oberstufe) sind verschiedene Ziele beschrieben, welche die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen leiten sollen. Im Kindergarten und der Primarschule geht es vor allem darum, dass Kinder eigene Anliegen einbringen und politische Prozesse erkennen können. Konkret bedeutet dies, dass sie sich für eigene und andere Interessen einsetzen und die Möglichkeit zur aktiven Mitsprache wahrnehmen können (z. B. Klassenrat und Schulparlament).

Es gilt, Rechte und Pflichten in einer Gesellschaft kennen zu lernen, dies vor allem in der eigenen Umgebung. In der Oberstufe lernen die Jugendlichen, wie

eine Demokratie, das politische System der Schweiz mit Gemeinde (Gemeinderat, -verwaltung usw.), Kanton und Bund und das Zusammenspiel der drei Gewalten funktionieren. In der Bildung und Erziehung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern geht es auch um Wertediskussionen, Ethik und um verschiedene Formen der Meinungsbildung und Auseinandersetzung. Der Unterricht basiert auch im Bereich der politischen Bildung auf den offiziellen Lehrmitteln des Kantons Zug.

Lehrpersonen müssen neutral bleiben

Lehrpersonen haben Einfluss auf die Weltanschauung der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler. Entsprechend sind die Lehrpersonen angehalten, im Zusammenhang mit Bildung auf politische und weltanschauliche Neutralität besonderes Gewicht zu legen. Politische Neutrali-

tät bedeutet nicht, kontroverse politische, ethische oder religiöse Themen vom Unterricht auszuklammern. Die Lehrpersonen müssen aber für eine ausgewogene Darstellung bzw. Diskussion sorgen. Es geht darum, dass Jugendliche lernen, aufgrund von verschiedenen Sichtweisen, Meinungen und Argumenten ihre persönlichen Schlüsse zu ziehen und eigene Werte zu bilden.

Die vorliegende Riz-Bildungsausgabe soll verschiedene Blickwinkel der politischen Bildung beleuchten und das Bewusstsein der Schulen Risch aufzeigen, dass das schweizerische politische System ein Erfolgsmodell für Wohlstand, zivilisierte Auseinandersetzung und eine freie Gesellschaft ist.

Vom Klassenrat zum Bundesrat?

Politische Bildung zieht sich von der 1. Klasse bis in die Oberstufe. Im Schulparlament und im Klassenrat dürfen Schülerinnen und Schüler mitreden und die Schule aktiv mitgestalten. Wie nachhaltig ist das Ganze?

Patrick Iten | «Wenn alles schläft und einer spricht, so nennt man dieses Unterrecht», sagten einst böse Zungen. Diese Aussage entspricht glücklicherweise nicht der Realität. Im Gegenteil: Heute werden Schülerinnen und Schüler mehr denn je zur Mitsprache ermuntert, sowohl in Bezug auf den Unterricht als auch aufs Miteinander auf dem Schulareal. Zentrale Instrumente an unserer Schule sind das Schulparlament und der Klassenrat.

Schulparlament – die erste politische Bühne

In den vier Schulparlamenten Ost (Oberstufe), Nord, Süd und West haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Ideen einzubringen, sich am Schulleben zu beteiligen und in bestimmten Bereichen mitzubestimmen. Geleitet werden die Parlamente von je zwei Lehrpersonen, ergänzt durch je ein Mitglied der Schulleitung, einen Hauswart und eine Vertretung der Schulsozialarbeit. Jährlich finden vier bis sechs Sitzungen während der Unterrichtszeit statt. Themen, welche im Schulparlament zur Sprache kommen, sind Probleme oder

Einschränkungen im Schulalltag, das Hinterfragen von geltenden Regeln, die Gestaltung der Schulumgebung oder die Mitgestaltung des Schuljahres.

So erleben Kinder ihr Schulparlament

Das Mitspracherecht der Kinder und Jugendlichen ist kein Lippenbekenntnis. Dies zeigt sich daran, dass in den vergangenen Jahren mehrere Ideen umgesetzt werden konnten, welche von der «Basis» kamen. Davon können auch Leanne (3a), Jasmin (6a) und Mikael (2d) berichten, allesamt Mitglieder des Schulparlaments. Stellvertretend für insgesamt rund 40 Schupa-Mitglieder erzählen sie von ihrer spannenden Arbeit.

Die drei Kinder sind sichtlich stolz darauf, Teil des Schulparlamentes zu sein. Sie freuen sich darüber, was dieses Gremium in den letzten Jahren erreichen konnte, beispielsweise den Kaugummitag oder einen Kinonachmittag in der Schule. «Eine Idee, die wir umgesetzt haben, ist, dass man auf dem Pingpongtable nicht essen darf, wenn andere dort spielen möchten», sagt Jasmin. Und Leanne erinnert an weitere Vorschlä-



ge: An Weihnachten gemeinsam wickeln, miteinander Guezli machen oder Ideen für die Umgebungsgestaltung des umgebauten Schulhauses 4. Sie sind sich indessen bewusst, dass längst nicht alles umgesetzt werden kann. «Vorschlagen darf man alles», sagt Jasmin. Leanne ergänzt: «Es muss auf dem Schulareal sein und es darf nicht zu teuer sein.» Mikael erinnert sich an die Regel, welche im Schulparlament gilt, dass man keine Ausflüge vorschlagen solle. Dafür sind die Teams oder die Klassen zuständig.

Augenscheinlich denken die drei nicht nur an sich, sondern haben das Gemeinwohl der Schule und vor allem jenes der Kinder im Blick. Leanne würde gerne an den Schulhäusern eine grosse Uhr installieren: «Und die Pausenglocke müsste man beim Tartanplatz lauter machen, damit wir nach der Pause nicht zu spät kommen.» Ein immer wiederkehrendes Thema ist die Pausenaufsicht: Vom Schulparlament wurde oft moniert, dass die Lehrpersonen in der Pause zu wenig sichtbar seien. Ein Resultat daraus waren die gelben Leuchtwesten, welche nun von den Lehrerinnen und Lehrern während der Pause getragen werden.

Auf die Frage, welche Fähigkeiten man als Mitglied des Schulparlamentes mitbringen müsse, sind sie sich einig. «Man sollte nicht die Schlechteste in der Schule sein, weil man ab und zu fehlt im Unterricht», sagt Jasmin. Dazu dürfe man nicht zu schüchtern sein, weil man sonst nur dahocke und nichts sage. Leanne pflichtet dem bei: «Man muss zuhören können, aber auch mal seine Meinung sagen.» So

Leanne (3a), Jasmin (6a) und Mikael (2d)





Eines von vier: Das Schulparlament Nord

Hinterer Reihe von links: Leanne (3a), Aurel (3d), Emily (4d), Gil (1d), Mikael (2d), Camilo (5d),

Nicole Zehnder (Klassenlehrerin 6d), Claudia Knüsel (Schulsozialarbeit)

Vorne: Jasmin (6a), Céline (6d), Elinor (5a), Dilara (2a), Neyla (4a), Alessio (1a), Anita Sidler (Schulleitung), Silvia Finocchiaro (Klassenlehrerin 1d)

sieht es auch Mikael, obwohl es für ihn nicht immer einfach war sich einzubringen, denn letztes Jahr war er noch Erstklässler und damit der Jüngste der ganzen Gruppe.

Kinder und Erwachsene arbeiten zusammen

Trotz grossem Mitspracherecht der Kinder: Ganz ohne Erwachsene sind diese Gremien nicht unterwegs. Das Schulparlament Nord wird seit einigen Jahren von den beiden Lehrerinnen Silvia Finocchiaro und Nicole Zehnder geleitet. Die Arbeit mit den Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern macht ihnen Freude.

Silvia Finocchiaro: «Im Schulparlament lernen sie, dass sie Mitspracherecht haben, aber trotzdem nicht alles entscheiden können. Es gibt Dinge, welche die Hauswarte, die Lehrpersonen oder die Schulleitung bestimmen müssen. Neben Highlights wie Kaugummitag oder Kinonachmittag geht es auch um Soziales wie Mobbing und um den Umgang miteinander, zum Beispiel Danke sagen oder Komplimente machen.»

Nicole Zehnder: «Schön war, als die Kinder am Lehrer-Kinder-Tag in die Rolle ihrer Lehrperson schlüpfen durften. Es ist eindrücklich, wie im Schupa Klein und Gross zusammenarbeiten. Manchmal gibt es Kinder, die wenig sagen, vielleicht weil sie sich nicht so getrauen oder weil andere dominanter sind. In der Gruppe können wir das

aber gut steuern. Ich finde es schön, mit ihnen zusammen etwas zu bewirken und sie bei einer Sache anzuleiten, die uns im Team gemeinsam verbindet.»

Gesprächskultur im Klassenrat

Der Klassenrat ist das zweite Gefäss, in welchem das Mitreden der Lernenden besonders gefragt ist. Hier werden Themen besprochen, welche aktuell die Klasse beschäftigen. Dass dabei Fähigkeiten wie gewaltfreie Konfliktlösung, Gesprächsführung, Frustrationstoleranz, Kompromissfähigkeit und Durchsetzungsvermögen geübt werden, ist ein erwünschter Nebeneffekt. Drei Lehrerinnen berichten von ihren Erfahrungen:

Ines Weiss (25): «Die investierte Zeit lohnt sich extrem. Der Klassenrat bietet Platz für Diskussionen und fokussiert auf die Lösungssuche. Dadurch gibt es im Schulalltag weniger Konflikte. Wichtig ist, dass man mit den Kindern klare Regeln erarbeitet: einander zuhören, ausreden lassen und andere Meinungen akzeptieren. Dadurch lernen sie viel für den alltäglichen Umgang miteinander.»

Simone Kaeser (33): «Häufige Inhalte sind Wochenrückblick, bisher besprochene

Themen, Streitereien untereinander, Situationen auf dem Pausenplatz oder mögliche Themen fürs Schulparlament. Die Kinder lernen Problembewältigung, auf andere einzugehen und die Gemeinschaft mitzugestalten. Oft schweisst der Klassenrat eine Klasse zusammen. Wenn an Wortwahl und Gesprächsregeln gearbeitet wird, sieht man das auch hinterher im Schulalltag.»

Janine Bürgi (34): «Die Jugendlichen lernen zu diskutieren, einander zuzuhören, Kompromisse zu finden, Probleme anzusprechen und noch vieles mehr. Das stärkt den Teamgeist in der Klasse. Sie merken, dass die Lehrperson sie ernst nimmt und dass auch ihre Anliegen wichtig sind. Dadurch wachsen gegenseitiger Respekt und Rücksichtnahme.»

Somit bleibt die berechtigte Hoffnung, dass Klassenrat und Schulparlament auf längere Sicht hinaus positiv auf die jungen Menschen wirkt: Werden sie empathischer? Wächst ihr Verständnis für demokratische Abläufe? Werden sie in ein paar Jahren abstimmen und wählen gehen? Oder ist gar eine künftige Bundesrätin unter uns? Wir werden sehen.



Silvia Finocchiaro und Nicole Zehnder sind die Leiterinnen des Schulparlaments Nord

Impressum

Herausgeberin Gemeinde Risch, Zentrum Dorfmat, 6343 Rotkreuz, Tel. +41 (0)41 798 18 60, Fax +41 (0)41 798 18 88, info@rischrotkreuz.ch, www.rischrotkreuz.ch

Autoren PR-Gruppe der Schulen Risch: Patrick Iten, Markus Thalmann, Stephan Thalmann

Layout/Druck Anderhub Druck-Service AG, 6343 Rotkreuz, www.anderhub-druck.ch

Bilder Nick Jud, Patrick Iten, Markus Thalmann, Hans Galliker

Roundtable-Gespräch mit den Rotkreuzer ParteipräsidentInnen
zum Thema Politik in der Schule:

«Lehrpersonen müssen politische Inhalte neutral vermitteln können!»

Markus Thalmann | Eine Elefantenrunde bestehend aus allen Rischer Parteivorsitzenden diskutiert eineinhalb Stunden lang intensiv über Politik in der Schule. Die drei Männer und zwei Frauen kämpfen alle gegen das gleiche überparteiliche Problem an: Leute zu finden, die nach einem strengen Arbeitstag noch Lust und den Mut haben, sich in der Politik zu engagieren.

Bei einigen Fragen teilen die engagierten Parteivorsitzenden die gleiche Meinung – beim Wahlalter 16 und bei der Frauenquote in der Politik hingegen prallen gegensätzliche Argumente heftig aufeinander...

Teilnehmende

Andreas Battiston (AB), Präsident Die Mitte;
Urs Gassmann (UG), Präsident FDP;
Alexander Haslimann (AH), Präsident SVP;
Irène König (IK), Vizepräsidentin SP; Hanni Schriber (HS),
Präsidentin Grüne; Markus Thalmann, Gesprächsleitung

1. Was sollen die Lehrpersonen an unseren Rischer Schulen – aus eurer Sicht als ParteipräsidentInnen - den Kindern bezüglich politischer Bildung vermitteln dürfen?

AH: Ich erwarte von den Lehrpersonen eine ausgewogene, sachliche Einführung in die Parteienlandschaft. **HS:** Die Jugendlichen an der Oberstufe sollten – unter anderem – verstehen, was eine Ini-



Entspanntes Gruppenbild nach 1 ½ -stündigem intensiven Polit-Talk:
V. l. n. r. Urs Gassmann, FDP; Alexander Haslimann, SVP; Irène König, SP;
Hanni Schriber, Grüne; Markus Thalmann, Gesprächsleitung;
Andy Battiston, Die Mitte

tiative, eine Interpellation und eine Motion bedeuten. Wenn die Mehrheit dann noch die sieben Bundesräte sowie unsere fünf Gemeinderäte kennt, ist schon viel erreicht...

AB: An der Primarschule reicht es, wenn sie die Bundesräte und Gemeinderäte kennen und wissen, dass es verschiedene Parteien gibt. An der Oberstufe hingegen sollten die Parteien neutral vorgestellt werden. Gleichzeitig soll den Jugendlichen aufgezeigt werden, wie sie zu einer persönlichen Meinung gelangen können. Wichtig finde ich auch, dass die Jugendlichen die Politisierenden nicht als elitär, weit weg, empfinden, sondern als ganz normale Leute aus dem Dorf, die sich wegen ihrer ähnlichen Interessen in einem Verein zusammengefunden haben.

UG: Ich finde es wichtig, dass die Lehrpersonen bereits den Primarschulkindern eine Art partizipierende Basis-Politik in Form von Klassenräten mit auf den Lebensweg geben. Später an der Oberstufe sollten dann unsere Staatsstrukturen vertieft vermittelt werden. Lehrpersonen können unsere Gesellschaft stärken, indem sie ihre Schülerinnen und Schüler dazu ermuntern, sich in einem Verein zu engagieren.

2. Wer soll die Inhalte für die politische Bildung an den Schulen bestimmen?

HS: Unsere Bildung ist kantonal geregelt, deshalb ist ganz klar der Bildungsrat für die politischen Inhalte an den Schulen zuständig. Der Lehrplan 21 definiert, was auf welcher Stufe gelehrt wird. Motiviert werden die Jugendlichen aber nicht durch Theorien allein, sondern viel mehr durch konkrete Themen aus ihrem Alltag: Wenn sie sich bspw. für einen Schulbus nach Meierskappel stark machen, der zur richtigen Zeit fährt und ihnen dadurch den Alltag erleichtern kann.

IK: Die Schule kann nicht früh genug damit anfangen, den Kindern beizubringen, wie man sich kritisch mit einem Thema auseinandersetzt. Anderen Meinungen überhaupt zuhören und sie akzeptieren, wertschätzend debattieren, das sind äusserst wertvolle Fähigkeiten, die eine Lehrperson vermitteln sollte. **AH:** Den Lehrpersonen gelingt es besser, die Lernenden mit einer brisanten Aktualität zu motivieren, als ihnen Regeln aus dem Polit-Theoriebüchlein zu vermitteln. **AB:** Die politische Bildung sollte in allen Klassen auf ähnliche Weise stattfinden. Deswegen finde ich es schade, dass ich immer nur die gleichen Oberstufen-Lehrpersonen mit ihren Klassen an einer Gemeindeversammlung antreffe.

3. Wo würdet ihr den Lehrpersonen Grenzen setzen wollen?

IK: Eine Lehrperson muss neutral moderieren. Eine Grenze würde sie überschreiten, wenn sie versucht, den Kindern ihre Meinung einzupfropfen. **UG:** Die politischen Inhalte sollten umfassend und völlig neutral vermittelt werden.

4. Könnte eine fundierte politische Bildung mithelfen, dass junge Menschen später weniger auf die Pseudo-Argumente und Halbwahrheiten des Populismus hereinfliegen?

HS: Eine schwierige Frage, die sicher erst in der Oberstufe behandelt werden kann; in der Primar wäre das nicht stufengemäss. **UG:** Eine starke, fundierte Allgemeinbildung hilft mit, den Populismus gar nicht erst wachsen zu lassen. Im Gegensatz zu anderen Ländern verfügen wir zum Glück in der Schweiz über eine verlässliche, klare Medienwelt. Der Umgang mit den digitalen Medien dagegen stellt uns vor weitaus grössere Probleme: In diesem Umfeld müssen sogar wir Erwachsenen kämpfen, dass wir die Übersicht behalten und den Konsum in einem gesunden Rahmen halten können. **AB:** Hier muss ich Hanni Schriber widersprechen: Ich würde auch in dieser Frage früh anfangen, weil die Kinder sonst von falschen Meinungen aus populären digitalen Kanälen wie Facebook oder Youtube falsch vorgeprägt werden.

AH: Primarschulkinder bewundern ihre Lehrpersonen oft als grosse Vorbilder. Deshalb betrachte ich in dieser Frage die Lehrpersonen als absolut zentral: Sie müssen sich ihres enormen Einflusses bewusst werden und ihn politisch neutral einsetzen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob sich alle Lehrpersonen ihrer «Macht» bewusst sind...

5. Weshalb liegt die Wahlbeteiligung in der Schweiz häufig unter 50% und verlieren sich an Gemeindeversammlungen oftmals nur wenige Prozente der Rischer Stimmberechtigten im Dorfmatssaal?

HS: Wer dies beantworten kann, hat einen riesigen Preis verdient... (allgemeines Gelächter). In unserer Gemeinde kamen noch nie viele Leute an die Gemeindeversammlung. Vielleicht geht es uns halt einfach zu gut, als dass uns die Themen existenziell betreffen würden. **UG:** Es ist heute ein überparteiliches Problem, Leute zu finden, die sich in einem Verein engagieren. Es sind immer die gleichen Köpfe, die sich einbringen und mitmachen. Möglicherweise ist das auch ein wenig ein Wohlstandsproblem: Es geht uns wirklich sehr gut. Dazu kommt, dass es in der Gemeinde Risch doppelt so schwierig ist, denn wer will sich hier engagieren, wo es ja sensationell gut läuft. **AH:** Manchmal haben viele Leute schlicht keinen Bock, sich nach Feierabend in die komplexen Abstimmungsvorlagen einzulesen und dann abstimmen zu gehen. Dazu kommt, dass wir in den letzten Jahren von der schier Menge an Abstimmungen fast erdrückt worden sind. Und ab zu müssen wir uns an der eigenen Nase nehmen – auch in meiner Partei: Manchmal wird jeder Stuss vorgebracht, der uns alle Zeit kostet. **AB:** Unsere Knochenarbeit als Parteipräsidenten besteht vor allem darin, die Menschen zu ermutigen, zu ihrer Meinung zu stehen. Heutzutage trauen sich das ganz viele nicht mehr.



Andy Battiston (Die Mitte) debattiert, Urs Gassmann (FDP) hört zu.

6. Betrachtet ihr 16-jährige Schulabgehende als reif genug, um wählen zu gehen?

HS: Im Kantonsrat haben wir diese Frage in den letzten 14 Jahren bestimmt dreimal behandelt. Sie ist keine Neuerfindung; der Kanton Glarus macht uns ja vor, dass es funktionieren kann. Mit 16 Jahren ist man durchaus reif, eine eigene Meinung zu haben. **IK:** Ich bin auch absolut dafür. Dadurch können sich die Jugendlichen früher aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen.

UG: Wenn ein Kind mit 16 Jahren abstimmen darf, warum sollte es dann nicht auch gleich Auto fahren oder Alkohol trinken dürfen? **AH:** Ich sage ganz klar nein zu dieser Frage. Aufgrund meiner Erfahrungen als Juniorentrainer erlebe ich Jugendliche in diesem Alter oftmals noch als zu wenig reif und als zu leicht beeinflussbar.

7. Im Gemeinderat Risch regieren seit 2014 ausnahmslos Männer. Warum ist das so?

AH: Viele Kandidatinnen hat es in unserer Gemeinde bisher nie gegeben. Mein Eindruck ist, dass sich die Frauen oftmals weniger für Politik interessieren. Und Quoten lehne ich rigoros ab: Es soll die Person ein politisches Amt erhalten, die fachlich geeigneter ist. **AB:** Männer sind extravertierter und trauen sich eher, vor die Leute zu stehen und zu reden.

HS: Man muss die Frauen motivieren, dass sie sich für ein Amt zur Wahl stellen und ermutigen, ein politisches Amt zu übernehmen. Nur beschweren über tiefe Frauenquoten bringt uns nicht weiter...

8. Was könnte die Schule beitragen, damit mehr junge Frauen den Sprung in die Politik wagen?

UG: In meiner Schulzeit hielten wir regelmässig Klassenkonferenzen ab. Geleitet haben sie immer Mädchen. Als Ermutigung finde ich das eine sinnvolle Möglichkeit. **AH:** In dieser Thematik bewundere ich die Amerikaner: Die müssen von klein auf auftreten, machen Vorführungen vor Publikum, geben Vollgas. Vielleicht könnten wir davon eine Scheibe abschneiden.

Politische Bildung im Schulalltag

Im Schulhaus kann beginnen, was leuchten soll im Schweizerland. Sich etwas frei bei Jeremias Gotthelf zu bedienen, mag auf den ersten Blick verstaubt wirken, birgt aber mehr als ein Körnchen Wahrheit. Denn neben einem Elternhaus oder sonstigem privaten Umfeld, in dem lokale, nationale und internationale politische Themen angesprochen werden, hat auch die Schule einen Einfluss auf das politische Interesse eines jungen Menschen. Wie stark dieser Einfluss genau ist, ist schwer messbar. Einiges leichter ist es zu zeigen, wie politische Bildung auf der Oberstufe vermittelt wird.



Stephan Thalmann | Der Lehrplan 21

Politische Bildung lässt sich auf der Oberstufe inhaltlich verschiedenen Schulfächern zuordnen. Sowohl die Bereiche Geschichte und Geografie, vereint in der Fachbezeichnung RZG (Räume – Zeiten – Gesellschaft) als auch das Fach Deutsch bieten ideale Voraussetzungen, sich politischen Themen zu stellen und handlungsorientiert Fertigkeiten zu lernen.

Öffnen wir den Lehrplan: Die Jugendlichen sollen – ganz klassisch – die drei Gewalten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene unterscheiden können. Soweit so gut. Ausserdem – und jetzt wird es komplexer – sollen die knapp 16-Jährigen «Besonderheiten der Schweizer Demokratie sowie die daraus resultierenden Rechte und Pflichten erklären können». Aha: Da fallen einem Föderalismus, Initiative und Referendum, Parteien und Verbände ein.

Das gut gelaunte Schulparlament der Oberstufe Erwachsene aus dem schulischen Umfeld bilden zusammen mit (von links nach rechts) Elham Mena, Lara Tanner, Davide Meissner, Enea Groff, Andrea Hofer, Yara Strickler, Simon Portmann, Roman Hofer und Florian Kolonja das Schulparlament der Oberstufe.

Der Lehrplan legt nach: Die Jugendlichen können «zu aktuellen Problemen und Kontroversen Stellung beziehen, dabei persönliche Erfahrungen im schulischen und ausser schulischen Alltag einbeziehen und die Positionen begründen.» Heisst im Klartext: Informationen zu aktuellen Fragestellungen beschaffen, Pro- und Kontraseiten abwägen, eine Meinung dazu bilden und diese auch argumentativ belegen können. Ist das nicht einfach ein Anliegen aus der Küche einiger wirklichkeitsferner Bildungsrhetoriker? Nein, sei Skeptikern entgegengehalten. Es kommt aber darauf an, wie an die Sache herangegangen wird.

Die Umsetzung

«Politische Bildung beginnt mit dem Kennen der Umgebung, der Gemeinde, in der die Jugendlichen leben», sagt Maria Voney, die als Oberstufenlehrerin unter anderem die Fächer RZG und Deutsch unterrichtet. Ein Dorfrundgang und die Spiegelung mit historischen Fotoaufnahmen hinterlassen Eindruck bei den Teenagern: Denn die Umgebung der Jugendlichen veränderte und verändert sich dynamisch. «Politik ist ja ein Gestaltungsprozess. Da ist immer etwas in Veränderung.» Voney versucht die Jugendlichen zum Denken anzuregen, sie herauszufordern und Stellungnahmen zu provozieren. «Einige Jugendliche sind diesbezüglich gleichgültig, aber andere lassen sich bewegen.» Schule sei ja auch ein Spiegel der Gesellschaft. Und in dieser gebe es zum Teil ebenfalls Desinteresse an politischen Fragestellungen.

Es ist Voney wichtig, dass die jungen Menschen verschiedene Medienkanäle nutzen, um zu Informationen zu gelangen. Gerade in Zeiten, in denen Meinungen schnell viral gehen. Es ist ihr auch ein Anliegen, den Jugendlichen zu zeigen, dass es Gestaltungsmöglichkeiten gebe, denn wenn «Menschen etwas wollen, finden sie häufig einen Weg.» Und das sei dann eben Politik in Reinkultur. Gestalten, verändern, aber auch konservieren. Je nach politischem Gusto.

Voney organisiert nach Möglichkeit Treffen mit politisch engagierten Leuten. Sei das ein Treffen mit den Gemeindeverantwortlichen, ein Besuch im Bundeshaus mit Zuger Volksvertretern oder ein Wahlpodium, für das sie die in der Gemeinde politisierenden Parteien anfragt, sich den Fragen und Anliegen der Jugendlichen zu stellen und Position zu gerade aktuellen Themen zu beziehen. Stehen Abstimmungen vor der Türe, bieten sich Chancen, politische Themen einzubringen. Vorlagen wie «Ehe für alle», «Trinkwasserinitiative» oder «Neue Kampfjets» sind Jugendlichen näher als fiskalische Vorlagen. Aber der Stein der Weisen liegt, wie Maria Voney herausstreicht, im Lokalen. Der Ansatz ist simpel und bestechend zugleich. Auch ein kleines Kind erkundet zuerst die Welt rund um sich und vergrössert diese mit zunehmendem Alter. Die Welt zu verstehen versuchen, heisst also, im Lokalen anzufangen und dann den Kreis zu öffnen.

Das Schulparlament auf der Oberstufe

Wie auf der Primarstufe gibt es auch auf der Oberstufe ein Parlament, in dem neben Erwachsenen neun Jugendliche Einsitz haben. Letztere werden gewählt, müssen vorgängig ein Mini-Wahlpodium absolvieren und können dann Anliegen der Schülerschaft eingeben. Schülerinnen und Schüler partizipieren zu lassen, liegt im Trend und soll die Jugendlichen ermuntern, Eigenverantwortung zu übernehmen. Den einen gelingt das bereits in der Pubertät, anderen steht ebendiese im Weg. Doch Nachhaltigkeit ist dem Schulparlament durchaus zu attestieren. So haben mehrere der angefragten Jungpolitikerinnen und -politiker explizit auf das Schulparlament verwiesen. Gerade für jene, die sich dort engagieren, ist es ein Lernfeld: Sich hinstellen, exponieren, Stellung beziehen, etwas auf die Beine stellen, seine Anliegen durchbringen können oder einmal eine Niederlage einzustecken lernen. Das sind Kompetenzen, die im privaten, politischen und beruflichen Alltag gebraucht werden. Doch was wird im Schulparlament denn diskutiert? Was sind die Themen, die die Jugendlichen im Rahmen ihres schulischen Umfeldes bewegen? Unter dem Strich und nüchtern betrachtet, sind die Anliegen der Schülerschaft eher konsumorientiert. Das Organisieren von Gemeinschaftsanlässen steht aber

auch immer wieder auf der Traktandenliste und führt zu einer Kollektivaktion, die den Gemeinschaftscharakter einer Schule betont.

Bundesbern als Fixpunkt

Es ist ein Anliegen der Schule, dass jeder und jede Jugendliche einmal in der obligatorischen Schulzeit das Bundeshaus in Bern besucht. Leider mussten bereits zwei Jahrgänge Covid-19-bedingt auf einen Besuch verzichten. Aber es zeigt sich hoffentlich bald Morgenröte. Der Rundgang ist jeweils straff organisiert und folgt einem Dreischritt. Eine Führung durch das symbolträchtige Haus, ein Treffen mit den Kantonsvertreterinnen und -vertretern inklusive Fragerunde und Diskussion und ein Besuch einer Parlamentsdebatte im Nationalratssaal stehen auf dem Programm. Gerade der direkte Kontakt und das konkrete Reagieren auf die Fragen der Jugendlichen werden geschätzt. Die gewählten Zuger Männer und Frauen geben sich volksnah und kennen keine Berührungängste. Im Nationalratssaal hängt es stark davon ab, was gerade diskutiert wird. Die Jugendlichen sind meistens beeindruckt von der Grösse des Saales, den Voten in den jeweiligen Landessprachen und der aufkommenden Hektik bei Abstimmungen. Und nach dem Besuch der Kuppelhalle weiss jeder aufmerksame Besucher und jede interessierte Besucherin mit Bestimmtheit, wo sich denn das Wappen des Kantons Jura befindet.

Ausblick

Politische Bildung an der Volksschule ist vielfältig, das Interesse eines jungen Menschen dafür zu wecken herausfordernd. Einige lässt es kalt, andere fangen Feuer. Auch auf der Sekundarstufe II wird politische Bildung thematisiert. In dieser Phase werden die Teenager zu jungen Erwachsenen. Ein Schritt, der Signalwirkung hat, denn jetzt ist Eigenverantwortung alternativlos. Beteiligt man sich an Wahlen und Abstimmungen? Lässt man andere für sich entscheiden? Nimmt man politisch Stellung?

Jungparteien des ganzen politischen Spektrums sind froh, wenn sich motivierte Leute finden lassen. Aber auch Vereine und Verbände zählen auf den Nachwuchs. Für junge Menschen, die sich engagieren wollen, stehen Türen offen. Gut so.





Rischer SchülerInnen interviewen unseren Gemeindepräsidenten:

Gemeindepräsident
Peter Hausherr
strahlt inmitten seiner
jungen Interviewenden!

«Wird es Ihnen nach 14 Jahren im Gemeinderat nicht langsam langweilig?»

Markus Thalmann | Im Rahmen ihres Heimatkunde-Unterrichts (heute: Natur, Mensch und Gesellschaft) besuchen 57 Rischer Viertklässler und Viertklässlerinnen das Schaltzentrum ihrer Gemeinde: Das Dorfmatzentrum. Dort empfing sie Gemeindepräsident Peter Hausherr höchstpersönlich und beantwortete alle ihre Fragen mit grosser Geduld.

Der Anlass hat sich im vergangenen Jahrzehnt zur Tradition entwickelt: Rischer Schulkinder lernen viel Neues über ihre eigene Gemeinde und stellen als Abschluss einen Fragenkatalog zusammen, den sie direkt an ihren Gemeindepräsidenten richten dürfen. Und der scheint sichtlich Spass an dieser Interview-Runde mit den Jungen zu haben und beantwortet jede noch so überraschende Frage direkt, ehrlich und mit viel Geduld. «Finden Sie Ihren Job nach 14 Jahren nicht langsam langweilig?», wollte Olivia Steiner von Peter Hausherr wissen. Nach einem herzhaften Lacher meint der Angesprochene: «Interessanterweise überhaupt nicht. Es tauchen immer wieder neue, völlig andere Herausforderungen auf. Die Situa-

tion in unserer Gemeinde sieht komplett anders aus als vor zehn Jahren. Das finde ich enorm spannend.»

Und auch die Frage von Ilan Topalovic, wie lange man denn Präsident bleiben dürfe, bringt unser Gemeinde-Oberhaupt nicht aus dem Konzept: «Bis man stirbt!», meint er dazu mit einem breiten Lachen...

Politik hautnah erlebt

Die präsenten Kinder erfahren im direkten Kontakt vom Gemeindepräsidenten enorm viele Infos über ihre Gemeinde: Wofür die jährlich 50 Millionen Steuereinnahmen verwendet werden, dass rund 270 Mitarbeitende angestellt sind oder weshalb ein Hallenbad zurzeit keine Option ist. Dieses Thema taucht bei allen Klassen auf. Die Antwort von Peter Hausherr erhält in diesem Jahr einen konkreten Zusatz: Neben dem üblichen Verweis auf die rund eine Million teuren jährlichen Kosten für Unterhalt, Betrieb und Amortisation zählt er diesmal auf, was mit dem aktuellen Badi-Umbau im nächsten Frühjahr besser werden wird. Die Kinder quittieren mit Freude, dass mit dem neuen Stahlbecken und dem aufgeheizten



Peter Hausherr erklärt den 4.-Klässlern, wie unsere Gemeinde funktioniert.

Wasser das Freibad zwei Monate länger geöffnet werden kann. Das «Allrüti-Kind» Sven Biemann, das jeden Tag auf seinem Schulweg viermal die stark befahrene Chamerstrasse überqueren muss, will wissen, was denn die Gemeinde Risch gegen den täglichen Stau zu den Stosszeiten unternehmen wolle. Auch hier gewährt Peter Hausherr den jungen Besuchern und Besucherinnen einen kurzen Einblick ins Polit-Tagesgeschäft: «Zurzeit überprüft der Kanton zum Beispiel die Möglichkeit eines direkten Bügels zum Gelände der Firma Roche.»

Die allermeisten Fragen basieren auf persönlichen Bedürfnissen der durchschnittlich zehn- bis elfjährigen Kinder. Lejla Beslic will wissen, wieso es in Rotkreuz kein Shopping-Center gebe. Teil eins der Antwort, dass das Zonenplan-Verbot dies nicht erlaube, verstehen nicht alle Kinder vollumfänglich. Teil zwei hingegen, dass ein Shopping-Center enorm viel Verkehr anziehen würde und wir das nicht wollen, löst bei zahlreichen Kindern ein zustimmendes Nicken aus.

Persönliche Ebene

Neben den traditionellen Kinderthemen wie Mc Donald's, Freizeitpark, BMX-Piste oder Reitschule interessieren sich die Viertklässler auch für das persönliche Wohlbefinden ihres Gemeindepräsidenten. «Sind Sie vor einer Gemeindeversammlung nervös?», will Diego Schürch wissen. «Wenn man vor so vielen Leuten spricht, ist man immer ein wenig aufgeregt und der Puls ist ein wenig höher als üblich. Gewissermassen habe ich dann einen Adrenalin-Kick.



Lejla Beslic, Salome Weibel und Jael Odermatt hören Peter Hausherr aufmerksam zu (v. l. n. r.)

Ich versuche stets fundierte Antworten zu geben, denn ich möchte, dass die Leute einen guten Eindruck von unserer Arbeit erhalten», erklärt Peter Hausherr.

Giulia Trütsch fragt, was der Gemeindepräsident in seiner Freizeit so treibe. «Im Sommer wandere ich oft, im Winter gehe ich auf Skitouren, ich lese viel und jasse ab und zu mit Kollegen. Und jedes Wochenende steige ich mit einem Kollegen aufs Michaelskreuz. Dieses Ritual lasse ich mir auch in stressigen Zeiten nicht nehmen», antwortet Peter Hausherr überzeugt.

Zugang gefunden

Es fällt auf, wie entspannt der Gemeindepräsident auch auf die direktesten Fragen reagiert; seinen Verdienst zum Beispiel ohne mit der Wimper zu zucken nennt. Als die zehnjährige Emily



Peter Hausherr geht auf alle Fragen ein.

Kesten wissen will, wie alt er sei, spielt er den Ball gleich retour: «Rate mal!» 50, kommt es wie aus der Pistole geschossen zurück. «Gut hast du nicht 60 gesagt, sonst hätte ich Bauchschmerzen bekommen», meint der 54-jährige Gemeindepräsident mit einem Schmunzeln.

Die drei vierten Klassen verlassen nach der mehr als einstündigen Interview-Runde zusammen mit ihren Lehrpersonen das Gemeindezentrum mit einem zufriedenen Gefühl: Die Chance, dass diese 57 Kinder später einmal Interesse zeigen und den Zugang zur Politik finden, hat Peter Hausherr mit seiner zugänglichen und offenen Beantwortung der über 60 Fragen bestimmt erhöht.



Pelsin Catac und Finn Landtwing überreichen dem Gemeindepräsidenten ein kleines Geschenk.

Jung, aktiv und politisch interessiert

Stephan Thalmann | Es gibt sie – junge und junggebliebene Menschen, die sich politisch engagieren und ihre Meinung klar äussern. Sechs Männer und Frauen aus sechs verschiedenen politischen Parteien, denen eines gemein ist: Alle haben einen Teil ihrer Schulzeit im Rotkreuz verbracht und berichten von ihrem Weg in die Politik. Dass die jungen Erwachsenen unterschiedliche Schwerpunkte setzen und die Welt aus sehr verschiedenen Blickwinkeln betrachten, spricht für die Vielfalt, die die politische Schweiz ausmacht.

Elena Flach (SP)

29 Jahre, Schulsozialarbeiterin



Ihr Herz schlägt für Gerechtigkeit und Gleichstellung und sie fand deshalb in der SP ihre politische Heimat. Politik, sagt sie rückblickend, wurde in der Pubertät in der Familienrunde ausführlich und in der Schule etwas weniger ausführlich und eher auf einer theoretischen Ebene thematisiert. Politisiert wurde sie aber auch durch das «Bewusstwerden, welche Möglichkeiten wir im Vergleich zu anderen Ländern haben». Jungen Leuten empfiehlt sie, sich auch mit Hilfe von Apps zu informieren. «Man muss sich aber auch die Zeit nehmen, um sich zu informieren.» Ein Selbstläufer ist dies mitnichten. «Ein Mitspracherecht kann bereits in jungen Jahren durch Wahlmöglichkeiten gefördert werden», meint sie mit einem Wink zur Schule. «Politische Themen sollen, wenn immer möglich, auch fächerübergreifend einfließen können». Ihre politischen Highlights sind eng mit ihren Schwerpunkten verknüpft: Sie erinnert sich gerne an den Frauenstreiktag 2019 und die Nationalratswahlen desselben Jahres zurück. Politisch auf der Verliererseite sieht sie sich, wenn über eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen gesprochen wird oder wenn ein kantonales Gleichstellungsbüro geschlossen wird.

Konradin Franzini (Junge Grüne)

23 Jahre, Kaufmann EFZ / Student Politikwissenschaften



Als Teenager hatte Franzini noch das Gefühl, Politik sei zu kompliziert, als er aber bei den Jungen Grünen erste Erfahrungen sammeln konnte, hat ihn das politische Virus gepackt und nicht mehr losgelassen. Politisiert wurde er 2015 durch den Rechtsrutsch, generell durch die Zuger Tiefsteuerpolitik und den fortschreitenden Klimawandel. Er ist sich als linker Politiker im Kanton Zug bewusst, häufig Niederlagen einstecken zu müssen. «Am meisten Mühe hatte ich mit dem Verlust des Regierungsratssitzes aufgrund des Majorz-Wahlsystems, da dadurch knapp 30 Prozent der Bevölkerung nicht mehr im Regierungsrat vertreten sind.» Aber Franzini verbucht auch Erfolge: «Den Wunsch von Jungen nach mehr Jugendräumen in der Gemeinde konnte ich mit einem Artikel in der Zuger Zeitung unterstützen und den Gemeinderat erneut auf die Thematik aufmerksam machen.» Für ihn wäre Politik sogar als Schulfach vorstellbar, um sich mit der Wichtigkeit und Funktionsweise der politischen Partizipation auseinanderzusetzen. «Die teilweise tiefen Wahlbeteiligungen würden sich erhöhen», ist Franzini überzeugt und hofft, dass sich in Zukunft viele Junge und vorab auch junge weibliche Stimmen zu Wort melden. «Wir Jungparteien kommen auch gerne in der Schule vorbei, diskutieren mit den Jugendlichen über deren Themen und stehen Rede und Antwort.» Diesen Ball nimmt die Schule schon seit geraumer Zeit auf. Denn wenn Jugendliche sehen, dass junge Erwachsene sich engagieren und für ihre Ideen eintreten, kann das den Einen oder die Andere vielleicht inspirieren, selber aktiv zu werden.

Patrik Kretz (JSVP)**28 Jahre, Techniker HF Elektrotechnik**

Im Gespräch mit Patrik Kretz fällt immer wieder der Begriff Heimat. Das ist, was ihn politisch antreibt und auch in die Politik getragen hat. Nicht überraschend, dass er durch die UNO-Beitrittsdebatte politisiert wurde. Die wurde vorab in der Familie intensiv diskutiert und hat ihn geprägt. Kretz engagiert sich innerhalb der Partei auch bei Abstimmungen und steht nach dem Stichtag nicht immer als Sieger da. Doch den Kopf hängen lässt er nicht. Was rät er jungen Menschen? «Wenn dir das Land und die Heimat etwas bedeuten, dann interessiere und informiere dich über die politischen Geschehnisse.» Das könne durchaus auch in der Schule stattfinden. Er erinnert sich an eine Anfrage des Gemeinderats zu Schulzeiten, der von den Jugendlichen wissen wollte, wo der Schuh drücke. Aber worauf sollte denn die Schule besonders Wert legen? Kretz findet klare Worte: «Werte und Brauchtümer unserer Kultur sollen den Jugendlichen schmackhaft gemacht werden. Das kann der Besuch eines historischen Ortes in der Gegend, eines Bauernbetriebes, eines Altersheimes und vieles mehr sein. Kurz: Das gemeindliche, gesellschaftliche Leben.» Auf das Lokale fokussieren als politisches Leitmotiv.

Karin Wigger - Müller (FDP)**36 Jahre, Projektmanagerin**

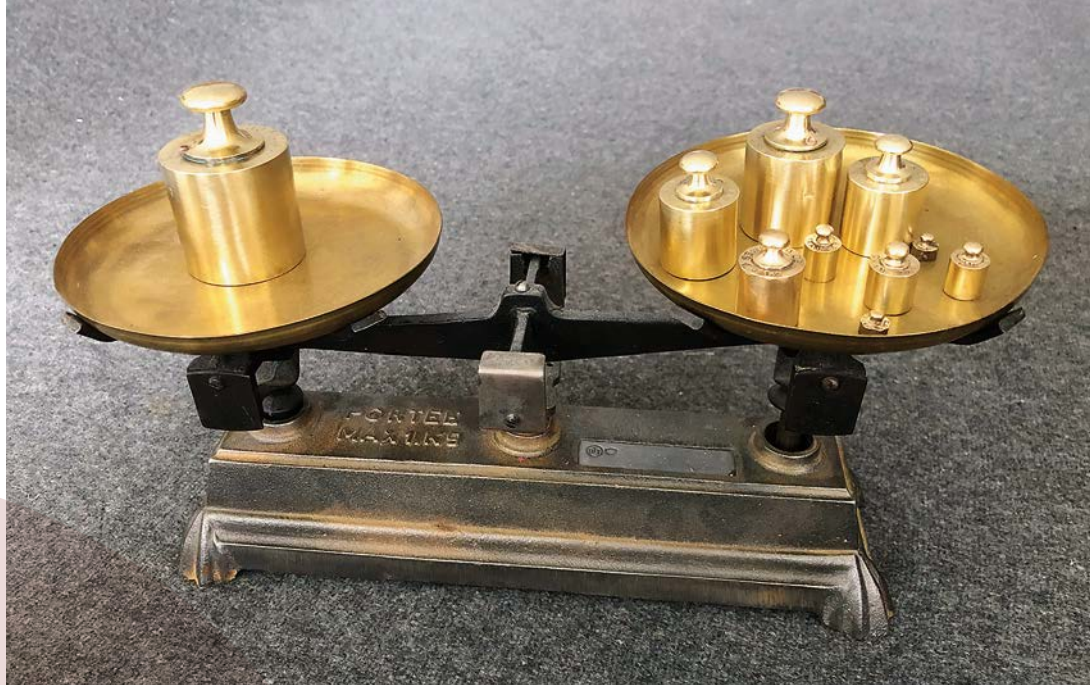
Sie ist die Älteste im Bunde, steht voll im Berufsleben, ist zwar Parteimitglied und politisch interessiert, hat aber nie ein politisches Amt ausgeführt. Wigger erinnert sich an politische Diskussionen im Unterricht und die Bundesratswahlen, die live im Schulzimmer verfolgt wurden. Das eigentliche Interesse an der Politik haben aber die Esstisch-Gespräche mit der Familie geweckt. «Da haben wir alle leidenschaftlich politisiert», meint sie. Was rät sie einem jungen Menschen hinsichtlich Politik? In ihrer Antwort schimmert ihre liberale Haltung durch. «Höre dir Pro und Kontra an, um dir ein eigenes Bild zu machen und vermeide Verbissenheit und zu starre Ideologien. Das grosse Ganze zu sehen ist wichtig.» Die Theorie erlebbar machen und Kontakte zu Vertretern aus der Politik ermöglichen. Das wünscht sich Wigger von der Schule.

Jil Affentranger (GLP)**26 Jahre, Gerichtschreiberin**

Erste Erfahrungen im niederschweligen Bereich machte sie im Schulparlament der Primarschule, wirklich politisch gepackt hat sie allerdings einerseits die Nuklearkatastrophe in Fukushima 2013 und andererseits die Flüchtlingskrise in Europa 2015. «Mir wurde klar, dass ich mich dafür einsetzen möchte, dass solche Ereignisse in der Schweiz entweder nicht (mehr) vorkommen oder anderes gehandhabt werden», meint Affentranger. Es dauerte noch ein paar Jahre, bis Affentranger als Gründungs- und Vorstandsmitglied der «Junge Grünliberale Zug» aktiv wurde. Jungen Menschen rät sie, «ihre Meinung zu äussern und auf jeden Fall abstimmen zu gehen.» Sie sieht die Möglichkeit einer aktiven Mitwirkung als Privileg. «Wir haben unsere Zukunft in den Händen, aber dafür braucht es junge Menschen, die sich engagieren». Ein Engagement, das durchaus auch bereits in der Volksschule gefördert werden könne, führt Affentranger weiter aus. Mit Begegnungen mit Politikerinnen und Politikern und Abstimmungsdiskussionen.

Gabriele Battiston (Die Junge Mitte)**18 Jahre, i.A. ICT-Fachmann EFZ**

Die politische Bildung in der Schulzeit empfand der Jungpolitiker als eher fad und wenig inspirierend. «Es werden zu wenig praktische Beispiele angeschaut wie zum Beispiel eine Gemeindeversammlung», meint er und verweist auf zwei Kollegen und Bekannte, die ihm dafür bereits in der Jugend die Politik schmackhaft gemacht haben. Für den Mann aus der Mitte ist es häufig ein aus einer grossen Meinungsvielfalt politischer Kompromiss, der in unserem Land politische Chancen hat. «Dies ist auch der Grund, weshalb ich mich für die Mitte entschieden habe. Um für politische Themen eine zielbringende Lösung zu finden.» Politisch liegt ihm die Sicherheitspolitik am Herzen – die Annahme des VBS-Budgets mit dem Einbezug des Geldrahmens für die Luftwaffe fallen bei Battiston auf fruchtbaren Boden, während er als aktiver Sportschütze wenig Freude hatte, dass die Schweiz die EU-Waffenrichtlinien übernahm. Misserfolge sieht er aber als Ansporn, «Fehler, die man in gescheiterten Abstimmungen oder Wahlen gemacht hat, nicht zu wiederholen».



Politische Meinungen in der Schule – immer schön im Gleichgewicht?

Achtung, Fettnäpfchen!

Von Lehrpersonen wird erwartet, politisch neutral zu sein. Stimmt das? Inwieweit dürfen eigene Überzeugungen in den Unterricht einfließen?

Patrick Iten | Darf eine Lehrperson ihre politischen Ansichten in den Unterricht einfließen lassen oder begeht sie dadurch eine Pflichtverletzung? Der Lehrplan 21 als Leitplanke des Unterrichts lässt Spielräume offen: «Die Lehrperson leitet mit ihrer nicht manipulativen Haltung zu offenen Gesprächen an, an denen alle Kinder teilnehmen können, und bringt grundlegende, anerkannte Wertkonzepte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Menschenwürde ein.»

Ähnlich formuliert es der LCH (Lehrerinnen und Lehrer Schweiz) in seinem Berufsauftrag: «Die Lehrperson ist sich bewusst, dass sie eine von den Schülerinnen und Schülern genau beobachtete erwachsene Identifikationsfigur ist. Als solche hat sie eine Vorbildfunktion, erkennbar daran, wie sie ihren Berufsauftrag erfüllt.»

Peter Hänni, Rechtsprofessor und Spezialist für Verwaltungsrecht, sagt, dass eine Lehrperson gar nicht neutral sein könne. Als Pädagoge oder Pädagogin sei man unvermeidlich in einer politischen Rolle, vor allem wenn politische Fragen zum Inhalt des Unterrichts würden. «Dabei ist das Engagement des Lehrers in der politischen Bildung nicht zu verwechseln mit Indoktrination und politischer Propaganda, denn es geht ja nicht darum, den Schüler für eine bestimmte Meinung zu gewinnen, sondern um die Herausbildung der politischen Urteilsfähigkeit.»

Grundrecht Meinungsfreiheit

Welche Regeln gelten an den Schulen Risch? Michael Fuchs, Rektor, weist stellvertretend für die ganze Schulleitung auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit hin. Dies gelte sowohl für Lehrpersonen als auch für Schülerinnen und Schüler. «Das heisst auch, dass die Meinungsfreiheit durch die Schule nicht unzulässig beeinflusst werden darf. Daher sind Lehrkräfte von öffentlichen Schulen angehalten, bei politischen, religiösen oder weltanschaulichen

Stellungnahmen im Unterricht Zurückhaltung zu üben und nicht zu polarisieren, vor allem dann, wenn Schülerinnen und Schüler noch nicht in der Lage sind, ihr eigenes Urteil den Wertungen der Lehrperson entgegenzuhalten.»

Verpflichtung zu loyalen Verhalten

Die Schulleitung erinnert daran, dass Lehrpersonen Angestellte von staatlichen Schulen sind: «Sie unterliegen somit einer Treuepflicht, das heisst, während der Arbeit ist man zu loyalen Verhalten gegenüber dem Gemeinwesen verpflichtet. Dieses darf die Interessen des Staates und somit auch der Schule nicht beeinträchtigen.» Die Treuepflicht verlange nicht eine bestimmte Gesinnung, sondern betreffe nur das Verhalten einer Person. Nick Jud, Prorektor, kann beruhigen: «Die Lehrpersonen sind sich der Problematik bewusst und agieren in dem Sinne sehr verantwortungsvoll.»

Dieses Bewusstsein zeigt sich auch bei den befragten Oberstufen-Lehrpersonen Maria Voney (61) und Janine Bürgi (34). «Wenn mich meine Schüler und Schülerinnen konkret darauf ansprechen, was ich abstimmen gehe, dann beziehe ich Stellung. Dabei handelt es sich jedoch um Gespräche ausserhalb des Unterrichts», sagt Janine Bürgi. Maria Voney greift in ihrem Unterricht gerne Aktualitäten auf und konfrontiert die Lernenden mit Problemen und Situationen aus dem Alltag. «In solchen Zusammenhängen fragen sie meistens nach, was ich darüber denke. Ich gebe dann ein Statement ab, deklariere das klar als persönliche Meinung und beziehe immer auch die anderen Sichtweisen mit ein.» Sie findet es wichtiger denn je, dass man sich eine Meinung bilde und Stellung beziehe. «Insbesondere die jungen Menschen. So können sie ihre Zukunft gestalten – oder wenigstens einen Teil davon.»